

Das Beste aus Pöbneck.

poessneck. **OTZ**.de

Straßenausbaubeitrags-Patt im Stadtrat Pöbneck



• Teile der sanierten Neustädter Straße sind Straßenausbaubeitragspflichtig. Ob und in welcher Form diese erhoben werden, bleibt weiter unklar. Foto: Marius Koity

In der Frage einer neuen Straßenausbaubeitragsatzung hat sich der Pöbnecker Stadtrat ein Patt geleistet. Die städtische Verwaltung wollte sich am Donnerstag im Stadtrat den Auftrag für eine Satzung mit verträglichen einmaligen Beiträgen einholen. Für den entsprechenden Beschlussvorschlag gab es elf Ja-, aber auch elf Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen, womit keine Entscheidung zustande kam.

Pöbneck. Die Birso- und andere Stadträte hatten mit Nein gestimmt, weil sie grundsätzlich gegen Straßenausbaubeiträge sind, und die CDU-Fraktion, weil sie wiederkehrende Beiträge vorzieht. Allerdings wurden die Wiederkehrenden, für die sich u. a. Bernd Künast (SPD) und Manfred Brückner (CDU) eingesetzt hatten, bei sieben Ja, elf Nein und sieben Enthaltungen erst recht abgelehnt.

Bürgermeister Michael Modde (Freie Wähler) sagte, dass er persönlich zwar für die Wiederkehrenden sei, aus Gründen der Rechtssicherheit für die Stadt aber die Einmaligen vertreten müsse. Birso-Chef Wolfgang Kleindienst hatte ihm empfohlen, lieber für die Abschaffung dieser Beiträge einzutreten, zumal sich gezeigt habe, dass Pöbneck auch ohne klarkomme. Fritz Kleine (Linke) sah in den Straßenausbaubeiträgen einen Fehl-Import aus dem Westen und ärgerte sich über die richterlichen Leistungen zu diesem Thema. "Wir haben die Wahl zwischen Pest und Cholera", sagte Alf-H. Borchardt (FDP/FW) und schimpfte auf die "unsinnige" Gesetzgebung des Landes. Darin war er sich mit Constanze Truschzinski (SIP) einig, die zusätzlich daran erinnerte, dass die Kommunen auf Beiträge verzichten könnten, wenn deren Erhebung unwirtschaftlich sei. "Genau diese Prüfung hätte ich gerne!", forderte sie. Ein paar Fakten mehr als Entscheidungsgrundlage, gerade wegen des zu erwartenden "enormen Verwaltungsaufwands", hatte sich auch Michael Roolant (CDU) von der städtischen Verwaltung gewünscht.

Für die stellte Hauptamtsleiter Udo Schäfer klar, dass die Stadt gesetzlich verpflichtet sei, Straßenausbaubeiträge zu erheben. Die sind nach dem Stadtrats-Patt also nicht vom Tisch. Allerdings mindestens um Monate verzögert.